

„Eine Welt frei von Atomwaffen – in Europa anfangen!“

Erklärung der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW) vom 12. April 2007
(Wortlaut)

Am 12. April 1957 sprachen sich die „Göttinger 18“ – darunter Otto Hahn, Werner Heisenberg, Carl Friedrich von Weizsäcker und weitere prominente Atomwissenschaftler – öffentlich gegen eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr aus (vgl. die Dokumentation in: „Blätter“ 4/1957, S. 143 f., sowie Bernd Hahnfeld, Atomwaffenfreies Deutschland, in: „Blätter“ 4/2007, S. 471-477). 50 Jahre danach veröffentlichte die Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW) eine Erklärung, die sich für die atomare Abrüstung Europas einsetzt. Wir dokumentieren diese im Folgenden im Wortlaut. – D. Red.

Das „Bulletin of the Atomic Scientists“ hat am 17. Januar seine symbolische Uhr, die an der Einschätzung der nuklearen Bedrohung ausgerichtet ist, von „Sieben auf Fünf Minuten vor Zwölf“ vorgestellt. Die verstärkte Rolle der Nuklearwaffen in der US-Militärdoktrin, der nordkoreanische Nukleartest und die iranischen Nuklearambitionen sind Warnzeichen, die eine zunehmende Renuklearisierung der Weltpolitik befürchten lassen. Auch heute noch, 17 Jahre nach Beendigung des Ost-West-Konfliktes, gibt es noch zu viele einsetzbare Nuklearwaffen, die eine ungeheure Massenzerstörung global wie regional ermöglichen. Das Nichtverbreitungsregime ist stark unter Druck, und es besteht die Gefahr, dass sich neue Nuklearwaffenstaaten bilden.

In dieser Situation kommt Europa eine besondere Verantwortung zu. Diese muss darin bestehen, die Rolle der Nuklearwaffen auch in Europa drastisch zu verringern. Leider gibt es in Großbritannien und in Frankreich Stimmen, die für eine Modernisierung und Erweiterung der nuklearen Fähigkeiten eintreten. In Frankreich wird zum Beispiel eine U-Boot-gestützte Langstreckenrakete entwickelt. In Großbritannien verfolgt die Regierung mit Macht den Bau eines Nachfolgers für das Trident-U-Boot. Ein neues U-Boot und eine verbesserte Langstreckenrakete sind allerdings weder nötig noch politisch das richtige Signal in einer Zeit, in der Nuklearwaffen delegitimiert und letztlich abgeschafft werden müssen. Trotz NATO- und EU-Erweiterung existieren noch immer offiziell ca. 500 „taktische Nuklearwaffen“ in fünf NATO-Staaten auf europäischem Boden, die in einem zusammenwachsenden Europa keinerlei militärische Bedeutung haben. Die europäischen Staaten sollten nicht in eine neue Generation von Nuklearwaffen investieren, sondern die eigene nukleare Rüstung reduzieren. So kann die nukleare Nichtverbreitung gestärkt und können andere Staaten davon abgehalten werden, sich selbst Nuklearwaffen zuzulegen.

Anfang 2007 haben die ehemaligen Außen- bzw. Verteidigungsminister Kissinger, Perry und Shultz nicht nur konkrete Abrüstungs- und Rüstungskontrollschritte gefordert, sondern sie sind auch für das Ziel der Schaffung einer Welt, die frei von Nuklearwaffen ist, eingetreten. Dieser Appell an die Regierung der USA und an alle Nuklearwaffenmächte ist ein ermutigendes Zeichen.

Wir rufen als Bürger Europas alle Verantwortlichen dringlich auf, endlich ihren vertraglichen Pflichten aus dem Atomwaffensperrvertrag nachzukommen und mit der Abrüstung dieser furchtbarsten aller Massenvernichtungswaffen im eigenen Land zu beginnen. Diese Aufgabe erfordert höchste Anstrengungen, Aufmerksamkeit und Führerschaft unserer Regierungen. Europa muss die historische Chance nutzen, mit eigener nuklearer Selbstbe-

schränkung und wirklicher Abrüstung voranzuschreiten. Nur wenn wir selbst nuklear abrüsten, können wir diesen Weg glaubwürdig auch von befreundeten Nationen und Schwellenländern fordern.

Angeichts existenzieller Probleme, die zukünftige Entwicklungschancen der Menschheit in unserer einen Welt bedrohen, müssen die Ressourcen in deren Überwindung und nicht in eine erneute nukleare Aufrüstung investiert werden.

Unterzeichner: Dr. Stephan Albrecht, Peter J. Croll, Dr. Henner Ehringhaus, Prof. Dr. Maria Finckh, Prof. Dr. Hartmut Graßl, Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker (alle Vorstand der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler), Dr. Peter Becker, Vorsitzender der IALANA, Prof. Dr. Michael Brzoska, Wiss. Direktor des IFSH, Prof. Dr. Paul Crutzen, Nobelpreisträger, Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin, Justizministerin a.D., Dr. Volker Franke, Bereichsleiter BICC, Winfried Nachtwei, MdB, Dr. Götz Neuneck, IFSH, Prof. Dr. Horst-Eberhard Richter, Ehrenpräsident der IPPNW, Prof. Dr. Jack Steinberger, Nobelpreisträger, Christoph Strässer, MdB.

Memorandum 2007 der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

Mehr und bessere Beschäftigung, ökologischer Umbau und soziale Gerechtigkeit
Demokratische Wirtschaftspolitik statt Aufschwungstaukel (Auszüge)

Am 26. April d.J. legte die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik ihr jährliches Gegengutachten zur herrschenden Wirtschaftspolitik vor. Darin beklagt sie, dass die Bundesregierung den aktuellen „Konjunkturaufschwung nicht zur Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt“ nutzt, sondern stattdessen eine „Spar- und Steuerpolitik für höhere Gewinne“ verfolgt. Das „Memorandum 2007“ fordert demgegenüber, „die Gunst der Stunde zu nutzen, im Konjunkturaufschwung deutlich höhere Löhne und Gehälter durchzusetzen, die stärker fließenden Steuereinnahmen für den Ausbau öffentlicher Investitionen und Dienstleistungen, für den ökologischen Umbau, für gute Bildung für alle, für lebensstandardsichernde Alterseinkünfte und für ein egalitäres und effizientes Gesundheitssystem als Grundpfeiler eines demokratischen Gesellschaftsmodells zu nutzen.“ Wir dokumentieren Auszüge der Kurzfassung des Gutachtens; die Langfassung erscheint als Buch im PapyRossa Verlag, Köln. Informationen zur Arbeitsgruppe und zum Memorandum finden Sie unter www.memo.uni-bremen.de. – D. Red.

1. Der missverstandene Aufschwung

Bei der Regierung und den meisten Medien in Deutschland herrscht freudige Überraschung. Das Wirtschaftswachstum des vergangenen Jahres ist erstmals seit vielen Jahren mit 2,7 Prozent stärker ausgefallen als erwartet. Erneut wurden zu Beginn des Jahres die Prognosen nicht nach unten, sondern nach oben korrigiert. Die Genugtuung über diese Entwicklung lässt sich auch durch den Hinweis nicht trüben, dass der konjunkturelle Höhepunkt bereits überschritten ist und das Wachstum im laufenden Jahr trotz der Korrektur schwächer sein wird als im vergangenen – sofern es nicht durch kräftige Lohnsteigerungen oder zusätzliche staatliche Impulse gestützt wird.